



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Erwin Huber, Karl Freller, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Klaus Hocketschek, Sandro Kirchner, Walter Nussel, Eberhard Rotter, Ulrike Scharf, Dr. Harald Schwartz** und **Fraktion (CSU)**

Pkw-Maut

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Realisierung einer Pkw-Maut auf der Grundlage der Vorschläge von Bundesverkehrsminister Dobrindt einzusetzen. Die Pkw-Maut darf keinen inländischen Fahrzeughalter zusätzlich belasten. In den Verhandlungen ist auf eine angemessene Beteiligung der Länder und Kommunen an den Erlösen der Pkw-Maut hinzuwirken.

Begründung:

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode im Bund enthält zur Pkw-Maut folgende Ausführungen:

„Zur zusätzlichen Finanzierung des Erhalts und des Ausbaus unseres Autobahnnetzes werden wir einen angemessenen Beitrag der Halter von nicht in Deutschland zugelassenen Pkw erheben (Vignette) mit der Maßgabe, dass kein Fahrzeughalter in Deutschland stärker belastet wird als heute. Die Ausgestaltung wird EU-rechtskonform erfolgen. Ein entsprechendes Gesetz soll im Verlauf des Jahres 2014 verabschiedet werden.“

Bundesminister Dobrindt hat am 7. Juli 2014 sein Konzept für eine Pkw-Maut vorgestellt. Danach wird in Deutschland ab 2016 eine Infrastrukturabgabe erhoben. Diese gilt für alle Kraftfahrzeuge bis 3,5 Tonnen Gesamtgewicht, die das öffentliche Straßennetz in Deutschland nutzen.

Die Infrastrukturabgabe gilt für Bundesfern-, Landes- und Kommunalstraßen. Halter von in Deutschland Kfz-steuerpflichtigen Kraftfahrzeugen werden über einen Freibetrag in der Kfz-Steuer entlastet, der die Ausgaben für die Infrastrukturabgabe vollständig kompensiert. Kraftfahrzeuge, die ganz oder teilweise von der Kfz-Steuer befreit sind (z.B. Elektrofahrzeuge oder Kraftfahrzeuge behinderter Personen), werden wirkungsgleich von der Infrastrukturabgabe befreit.

In den Verhandlungen ist auf eine angemessene Beteiligung der Länder und Kommunen an den Erlösen der Pkw-Maut hinzuwirken.